Das Dresdner Blutbad vor dem Landtag

Starke Tumulte. Freche Provokation nationalsozialistischer Pressevertreter. Die Genossen Sindermann und Hermann hinausgeworfen. Die Sitzung aufgeflogen

Auf Forderung der kommunistischen Fraktion wurden als erster Punkt der heutigen Tagesordnung des Landtages die **Anträge über das Blutbad im Keglerheim in Dresden** behandelt.

Die kommunistische Fraktion forderte die sofortige **Dienstenthebung des Polizeipräsidenten Dr. Paltzsch und des stellvertretenden Polizeipräsidenten Dr. Pfotenhauer.** Sie fordert weiter, daß die Kosten für die Bestattung der Opfer der Polizeischießerei **die Kosten für die Behandlung der Verletzten auf die Staatskasse** übernommen werden, daß den Hinterbliebenen der Getöteten eine dauernde Rente gezahlt wird, ebenso den Verletzten, soweit sie durch die Folgen der Verletzungen an der Erwerbstätigkeit gehindert werden.

Die Empörung über die brutale Polizeischießerei beherrscht die gesamte Landtagstagung, insbesondere auch die Tribüne des Landtages. Vor Beginn der Tagung gibt der Innenminister Dr. Richter eine Erklärung ab, die im wesentlichen das Vorgehen der Polizei deckt, sowie die übliche Erklärung über „objektive Untersuchung", aber dann erklärt der Minister, daß

die Polizeibeamten ohne Befehl geschossen

hätten. Er behauptet, daß auf die Polizei geschossen worden wäre, **daß man im Saal Patronenhülsen gefunden habe, die nicht aus** Polizeirevolvern stammen. Diese Behauptungen des Polizeiberichts stehen im vollsten Gegensatz zu den Bekundungen der Augenzeugen. Auch der Minister behauptet, die Polizei habe in Notwehr geschossen. Es wird aber von uns festgestellt, daß im ersten Polizeibericht über eine Notwehraktion nicht gesprochen wurde, sondern daß diese Konstruktion erst nach der Konferenz der Polizeibeamten **gegeben wurde.**

Als erster Redner **begründet Edel einen sozialdemokratischen** Antrag, der die Ueberweisung des Materials über diesen Vorfall an den Untersuchungsausschuß des Landtages fordert. Er verlangt, daß die Untersuchung von Beamten geführt wird, die nicht der Dresdner Polizei angehören. Edel spricht **unter dem Druck der empörten Arbeitermassen**, er wagt es nicht, Angriffe gegen die KPD zu richten, wie das im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei in der Volkszeitung geschieht, in der sie sich in der Beschuldigung gegen die KPD mit der Linie des „Freiheitskampfes" vollständig solidarisiert.

Für die kommunistische Fraktion spricht der Genosse Renner. Er kennzeichnet das Vorgehen der Polizei als eine Terroraktion gegen das Proletariat, um das revolutionäre Proletariat zu treffen und die Begünstigungsmaßnahmen im Falle Heutsch zu verschleiern. Es zeigte sich schon bei der Demonstration der Arbeiter in Dresden, daß die Polizei in der brutalsten Weise vorging. Sie nahm jede Möglichkeit zum Anlaß, in die Arbeiterschaft hineinzuschlagen, Züge aufzulösen usw. Es steht einwandfrei fest, daß den Polizeibeamten Alkohol verabreicht war.

Genosse Renner zeigt, daß das revolutionäre Proletariat seine Kundgebungen in revolutionärer Disziplin ohne Zwischenfall durchführt. Dafür ist ein Beweis der **Aufmarsch der 150 000 revolutionären Arbeiter in Berlin**, deren Aufmarsch ohne jeden Zwischenfall verlaufen ist.

Unverschämte Naziprovokation

Genosse Renner brandmarkt die nationalsozialistische Pressehetze und kennzeichnet den Mordterror der Nationalsozialisten. **Während den Ausführungen des Genossen Renner ruft von der** Pressetribüne der Pressevertreter der Auziger nationalsozialistischen Zeitung „Der Tag" in den Saal: „Frecher Lügner, das ist die rote Kommune!" **Er beschimpft die kommunistische Abgeordnete Martha Kähn: „Rote Sau, kommunistische Drecksau!"**

Der Präsident Eckert, darauf aufmerksam gemacht, verweist den frechen Provokateur auf der Pressetribüne weder zur Ordnung, noch verweist er ihn von der Tribüne. Im Saal entsteht darauf großer Tumult.

Genosse Sindermann geht auf die Pressetribüne und schlägt dem frechen Provokateur ein paar hinter die Ohren.

Darauf entsteht eine allgemeine Balgerei auf der Pressetribüne. Die gesamten Pressevertreter stellen sich schützend vor den Nazi.

Der Präsident unterbricht die Sitzung. Sozialdemokratische, kommunistische und nationalsozialistische Abgeordnete stürzen auf die Pressetribüne, wo es zu heftigen Auseinandersetzungen kommt.

Als nach drei Stunden Unterbrechung der Landtag wieder zusammentritt, erklärt der Präsident, daß er nicht habe feststellen können, daß Herr Lüttich von der Auziger Zeitung die betreffenden Bemerkungen gemacht habe. **Er verwies den Genossen Sindermann wegen tätlichen Angriffs eines Pressevertreters aus der Sitzung und ebenso den Genossen Herrmann, weil er gedroht habe, den Abgeordneten Beuecke aus dem Fenster zu kürzen.** Es setzt darauf sofort ein neuer Proteststurm der kommunistischen Fraktion ein. Die Genossen Sindermann und Herrmann verlassen den Sitzungssaal nicht. Darauf wird die Sitzung erneut unterbrochen.

Nach einer halben Stunde Unterbrechung wird die Sitzung wieder eröffnet. **Der Präsident teilt mit, daß er inzwischen eine größere Anzahl Leute von der Tribüne gehört habe, die ihm einmütig mitteilten, daß Nazi-Lüttich die Rufe in den Sitzungssaal gemacht habe. Er entzieht Lüttich die Pressekarte.**

Genosse Renner protestiert gegen das Vorgehen gegen die Genossen Herrmann und Sindermann und dagegen, daß der Presseberichterstatter erst auf verstärkten Druck aus dem Saal entfernt wird. Er kennzeichnet das Verhalten der gesamten Pressevertreter und als er erklärt, daß, wenn diese sich weitere Frechheiten erlauben, erneut damit zu rechnen ist, daß sie von den Abgeordneten zur Rechenschaft gezogen werden, entzieht der Präsident ihm das Wort. Gleich darauf erteilt er ihm das Wort zur Fortsetzung seiner Rede. Während Genosse Renner sich zum Rednerpult begibt, ruft der Abgeordnete Müller-Plauig dem Präsidenten zu: „Wenn du zu dumm bist, da oben zu sitzen, setz dich doch nicht hin!" Eckert schließt den Abgeordneten Müller von der Sitzung aus, als er nicht geht, schließt er die Sitzung.

Die kommunistische Fraktion hat an den Präsidenten die schriftliche Aufforderung gerichtet, eine neue Sitzung für morgen Freitag einzuberufen. Der Präsident hat darauf geantwortet, da er durch die Staatsanwaltschaft eine objektive Untersuchung der Vorgänge im Keglerheim erwarte, beruft er die nächste Sitzung für Dienstag, den 31. Januar, 13 Uhr, ein.

Für die Opfer des Blutbades

Die kommunistische Landtagsfraktion hat für die Opfer des ungeheuerlichen Blutbades folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen, die Kosten für die Bestattung der Opfer, für die Behandlung der Verletzten werden auf die Staatskasse übernommen.

Den Hinterbliebenen der Getöteten wird eine dauernde Rente gezahlt, die durch die Polizeischüsse Verletzten erhalten ebenfalls eine Rente, soweit sie in ihrer Erwerbstätigkeit durch die Folgen der Verletzungen behindert sind.

Für die Zeit der Unterbringung in Krankenhäusern und für die weitere Zeit des Heilungsprozesses wird den durch die Schüsse Verletzten eine laufende Unterstützung gezahlt."

Fort mit Paltzsch und Pfotenhauer!

Gegen die Verantwortlichen an dem Massaker im Keglerheim hat die kommunistische Landtagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die Vorgänge bei der Demonstration, die vor der Keglerheimversammlung stattfand, sind Beweis dafür, daß die Polizei systematisch gegen die Arbeiter aufgeputscht wurde. Nach Berichten einer großen Anzahl von Augenzeugen hatten die Beamten zur Durchführung der Demonstration Alkohol bekommen und waren teilweise betrunken.

Es zeigt sich ganz klar, daß die Dresdner Polizei eine

Racheaktion gegen die revolutionäre Arbeiterschaft

einleitete, die eine Antwort der Polizei und ihrer Leitung auf die Enthüllungen über die

Begünstigung beim Fememord Heutsch

darstellt.

Die Begünstigung in der Heutsch-Angelegenheit, das brutale Auftreten bei der Demonstration und die Anrichtung des Blutbades in der Keglerheimversammlung sind Auswirkungen der Faschisierung des Dresdner Polizeiapparates.

Die Demonstrationen der Arbeiter vor der Keglerheimversammlung wurden ohne jede Veranlassung mehrfach brutal auseinandergeprügelt. Ohne Veranlassung wurden demonstrierende Arbeiter blutig geschlagen. Alles das kennzeichnet, daß es schon darauf angelegt war, während der Demonstration einen blutigen Ueberfall auf die Arbeiter durchzuführen.

Die volle Verantwortung für das angerichtete Blutbad trägt die Dresdner Polizeiführung, die ihre provokatorische Haltung deswegen einnehmen konnte, weil sie durch die Erklärung des Innenministers in der Landtagssitzung bei der Beratung des Falles Heutsch geradezu zu einer solchen blutigen Hetze gegen die Arbeiterschaft angereizt wurde.

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen, den Polizeipräsidenten Dr. Paltzsch und den stellvertretenden Polizeipräsidenten Dr. Pfotenhauer sofort ihrer Funktion zu entheben."

Achtung! Allgemeiner Zellentag!

Am Dienstag, den 31. Januar 1933 in allen Betriebs- und Straßenzellen

Der Zellentag im Februar steht im Zeichen der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen.

Alle Betriebs- und Straßenzellen

müssen am Dienstag tagen und den Mobilisierungsplan zu den Betriebsrätewahlen festlegen. Als Materialien dienen die Richtlinien zur Durchführung der Betriebsrätewahl, herausgegeben von der Bezirksleitung („Kampferfahrungen", Nr. 3) und die diesbezüglichen Artikel in der Tagespresse.

Jeder Zellenleiter beruft sofort die Zellenversammlung ein, jede Ortsgruppen- und jede Stadtteilleitung nimmt am Montag alle Zellenleiter zusammen und bespricht mit ihnen die Aufgaben zu den Betriebsrätewahlen.

Massenkampf gegen weißen Terror!

Aufruf der Bezirksleitung der KPD an die Werktätigen Sachsens

Nach der ungeheuerlichen Provokation der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands durch den von Schleicher und Bracht begünstigten Aufmarsch der Nazis vor dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD, eine neue Blutprovokation der gesamten Arbeiterschaft. Im Anschluß an eine Protestdemonstration der Arbeiter Dresdens gegen den Mordfaschismus und die fortgesetzten Provokationen der nationalsozialistischen Soldknechte des Kapitalismus hat die Dresdner Polizei in einer abschließenden Saalkundgebung ein ungeheuerliches Blutbad unter den proletarischen Versammlungsbesuchern angerichtet. Die Opfer der Polizeisalven in dem engen Versammlungsraum sind 9 Tote und zehn schwerverletzte Arbeiter. Ein Teil der Toten hat nach zweistündigem qualvollem Verbluten ohne ärztliche Hilfe den Tod gefunden. Dieses Massaker wurde von derselben Dresdner Polizei angerichtet, die erst kurz vorher ihre enge Verbundenheit zu den nationalsozialistischen Fememordorganisationen im Verlauf der Untersuchung des Mordfalles Heutsch offenbarte. Dieses Blutbad in einer proletarischen Versammlung, beleuchtet blitzartig die Situation.

Die Bourgeoisie geht in immer stärkerem Maße zu offenen faschistischen Gewaltanwendungen gegen die Arbeiterklasse über,

um ihre morsche und verfaulende Klassenherrschaft aufrecht erhalten zu können. Sie bereitet den neuen faschistischen Staatsstreich vor. Unter dem Schutz des Staatsapparates kann die nationalsozialistische Fememordpartei eine Provokation nach der anderen gegen die Arbeiterschaft durchführen. Diese offenen Provokationen des Mordfaschismus erfahren jetzt ihre Steigerung durch die Blutmassaker der Polizei unter den gegen diese Provokationen protestierenden Arbeitern.

Die Arbeiterklasse wird sich durch die faschistischen Provokationen nicht abdrängen lassen von dem Wege des revolutionären Massenkampfes gegen die faschistische Politik

Sie wird in eiserner revolutionärer Disziplin alle Provokationen abwehren und zerschlagen und sich das Gesetz ihres Handelns nicht vom Gegner, vom Klassenfeind und seinen Soldknechten, bestimmen lassen. Das werktätige Volk wird aber auch **diese Provokationen nicht länger dulden. Wenn die Herrschenden glauben,** durch Massaker und Blutbäder den Willen und die Entschlossenheit der Werktätigen im Kampf gegen den Mordfaschismus und die volksfeindliche Politik der herrschenden Klasse ersticken zu können, so wird die Arbeiterschaft und das werktätige Volk diese Hoffnung der Herrschenden im gesteigerten Massenkampf zerschlagen.

Die Stunde ist ernst! Das Blutbad von Dresden ist ein Signal!

Wir rufen daher alle Arbeiter, alle Werktätigen Sachsens auf zum entschlossenen und unnachgiebigen Kampf gegen den Mordfaschismus und seine Provokation. Wir rufen vor allem die Massen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter auf, in diesem entscheidenden Augenblick mit uns zusammenzustehen und in fester geschlossener Front die Kampfmaßnahmen durchzuführen zur Abwehr der Provokationen des Mordfaschismus und zur Verhinderung der Niederschlagung der Arbeiterklasse.

Unter den erschossenen Arbeitern befindet sich auch ein sozialdemokratischer Arbeiter, unter den Verletzten viele sozialdemokratische Arbeiter.

Organisiert in allen Orten Sachsens Protestdemonstrationen **gegen den Mordfaschismus und den offenen Blutterror.** Organisiert in allen Betrieben Protestkundgebungen während der Arbeitszeit! Organisiert in allen Betrieben Proteststreiks in einheitlicher geschlossener Front gegen faschistische Provokationen und Polizeimassaker. Nehmt in allen Versammlungen der Betriebe und Gewerkschaften und aller Arbeiterorganisationen, in allen Versammlungen des werktätigen Volkes Protestentschließungen an! Organisiert am Tage der Beerdigung der Blutopfer von Dresden den einheitlich durchgeführten Proteststreik aller Belegschaften und entsendet Delegationen zur Beerdigung der Dresdner Opfer!

Wir fordern:

Weg mit Paltzsch, dem Dresdner Polizeipräsidenten, und seinem Helfer Pfotenhauer, den Verantwortlichen für das Dresdner Blutbad, den Verantwortlichen für die offene Nazibegünstigung in der Dresdner Polizei.

Wir fordern:

Sofortige Beseitigung und Bestrafung aller an dem Blutbad schuldigen Polizeibeamten!

Wir fordern:

Sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus Vertretern der Arbeiterklasse, der Betriebsbelegschaften und Erwerbslosen!

Wir appellieren an alle Arbeiter und Werktätigen Sachsens, sich mit uns im Kampf für diese Forderungen und zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu vereinigen. Allen sozialdemokratischen Arbeitern rufen wir zu:

Jetzt ist der Zeitpunkt und der Anlaß, die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter zum Kampf gegen Faschismus und Mordterror herzustellen. Duldet keine Verleumdungs- und Ablenkungsmanöver zur Sabotage der kämpfenden Einheitsfront.

Arbeiter, Werktätige Sachsens!

Heraus zum Massenprotest gegen das furchtbare Blutbad! Heraus zum einheitlichen Kampf gegen Mordfaschismus und weißen Terror! Vereinigt euch zum entschlossenen Kampf gegen die faschistische Diktatur! Fort mit Schleicher und Bracht! Fort mit Schieck und Richter! Fort mit Paltzsch und Pfotenhauer! Schluß mit dem braunen Mordfaschismus! Her zu uns! Her zur Antifaschistischen Aktion!

Bezirksleitung Sachsen der KPD

Verstärkte Konzentration der faschistischen Reaktion

Kurs auf den „Staatsnotstand"

Berlin, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Vorstoß Hugenbergs gegen die Schleicherregierung gibt Anlaß zu den verschiedensten Gerüchten. Angeblich soll Papen Reichskanzler werden, während der nationalsozialistische Reichstagspräsident **Göring als Reichsminister des Innern und Reichskommissar für Preußen,** Hugenberg als Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister, der deutschnationale General **von Stülpnagel als Reichswehrminister** in das Papenkabinett eintreten sollen, während **Frick ebenfalls** ins Kabinett einbezogen werden soll. Die Pläne Hugenbergs steuern auf den „Staatsnotstand" hin, um mit noch stärkeren Mitteln gegen die Kommunistische Partei vorgehen zu können.

Auch die Kreise um Schleicher wollen — wie mitgeteilt wird — die Erklärung des „Staatsnotstandes" mit neuen Ausnahmegesetzen erklären. Das furchtbare Blutbad in Dresden in einer Arbeiterversammlung soll den Anlaß dazu geben, die berüchtigte „Schubladenverordnung" Schleichers hervorzuholen.

Der Aeltestenrat tritt heute zusammen. Selbst wenn der Reichstag am 31. Januar zusammentreten sollte, werden die Naziführer alles tun, um eine Abstimmung über die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die Schleicher-Bracht-Diktatur zu verhindern.

Ein kleines Beispiel dafür, wie das Geschrei des Nazis gegen die Schleicherregierung ein frecher Betrug und Schwindel ist, ist die Tatsache, daß die Nazis in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Margarinenotverordnung verhinderten.

Die Arbeiterklasse muß auf der Hut sein. Was Hugenberg frech und offen verlangt, ist nichts anderes als das, was die Schleicher-Bracht-Diktatur mit anderen Methoden durchführen will.

Verstärkt in den Betrieben, in den Wohnquartieren, auf den Stempelstellen und draußen auf dem Lande den antifaschistischen Kampf! Verteidigt die Kommunistische Partei!

Protestaktionen der Berliner Betriebe

Die Nachricht von dem Dresdner Blutbad löste in den Betrieben Berlins gewaltige Empörung aus. In zahlreichen Betrieben haben noch gestern die Belegschaften zu den Dresdner Vorgängen Stellung genommen und scharfe Protestentschließungen gefaßt.

Die Belegschaft des Wagenwerkes Anhalter Bahnhof hat einmütig eine Resolution gegen das Dresdner Blutbad angenommen, alle Kräfte zu mobilisieren, um die Provokationen der faschistischen Diktatur abzuwehren. In der Protestentschließung der **AEG-Arbeiter des Flughafens Tempelhof** wird die Schuld der Dresdner Polizei gebrandmarkt und erklärt, daß

die Arbeiter in dieser Provokation einen Versuch der Bourgeoisie erblicken, einen Vorwand zum Verbot der Kommunistischen Partei zu erhalten.

Die Belegschaft fordert alle Arbeiter auf, den Massenstreik zur Abwehr der Provokationspläne der deutschen Bourgeoisie und zur Niederringung der faschistischen Diktatur vorzubereiten. Die Betriebs-Delegiertenkonferenz der Firma **Weiß in Marienfelde** — beschickt aus allen Abteilungen — erhob gleichfalls einmütig allerschärfsten Protest gegen den Polizeiüberfall auf die Arbeiterversammlung in Dresden.

Die Versammlung gelobt, alle Kräfte einzusetzen für den Sturz dieses unwürdigen Systems und bezeichnet als eine wichtige Voraussetzung für diesen Kampf die Wahl von roten Betriebsräten.

Auch eine Betriebsversammlung der Firma Thermann hat mit den Stimmen der anwesenden DMV-Kollegen eine Protestentschließung gegen das Dresdner Blutbad angenommen. Während zwei Delegierte — darunter ein DMV-Kollege — zum **Berliner Antikriegskongreß** gewählt. — Die streikende Belegschaft der Firma **Weinrichte** nahm eine Entschließung in gleichem Sinne an und ruft die Berliner Metallarbeiter auf, in allen Betrieben eine Welle des Protestes gegen die Verantwortlichen des Blutbades zu entfesseln.